



DIE GEMEINSCHAFTSKLÄRANLAGE in Bodenheim soll mit einem Kostenaufwand von etwa vier Millionen Mark erweitert werden. Neu eingebaut wird hierbei ein biologischer Teil. Bild: Benz

Vier Millionen für Kläranlage-Erweiterung

Biologischer Teil wird eingebaut / Einwohnergleichwert auf 21 000 erhöht

rö. VG Bodenheim. - Die Gemeinschaftskläranlage in Bodenheim wird erweitert. Diesen Beschluß faßte der Verbandsgemeinderat in seiner jüngsten Sitzung einstimmig. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt belaufen sich die Kosten für diese Maßnahme auf etwa vier Millionen Mark. Bis allerdings mit dem Baubeginn zu rechnen ist, muß eine weitere Steigerung in Kauf genommen werden. Der Vorentwurf wurde nach Aussagen von Bürgermeister Krämer bereits dem Wasserwirtschaftsamt zur Prüfung vorgelegt und bis auf einige Auflagen auch akzeptiert. Inzwischen sei der komplette Entwurf fertiggestellt.

Der Vertreter des Ingenieurbüros KSM, Ahrens, erläuterte dem Parlament nochmals im Detail die vorgesehene Maßnahme. Nach Erweiterung des mechanischen Teils und Neueinbau des biologischen Teils erhöhe sich die Kapazität der Gemeinschaftskläranlage dann auf umgerechnet 21 000 Einwohnergleichwerte. Hierin einbezogen sind schon rund 7800 Einwohnergleichwerte, die sich aus der Belastung durch die Weinbaubetriebe ergäben. Als wichtig bezeichnete es Ahrens, daß ein biologischer Teil installiert werde, da das Abwasserabgabegesetz nunmehr bald in Kraft trete. Wenn man im Laufe des nächsten Jahres mit dem Bau beginnen könne und eine Zeit von drei Jahren bis zur Fertigstellung annehme, müsse man allerdings bereits jetzt eine Kostensteigerung von etwa 20 Prozent einkalkulieren.

SPD-Fraktionssprecher Schuhmacher schlug vor, den Entwurf vom Wasserwirtschaftsamt prüfen zu lassen, die notwendigen Zuschußanträge zu stellen und dann erst den Auftrag zu vergeben. In der Zwischenzeit könnten auch die Verhandlungen über die Geländefrage mit der Ortsgemeinde abgeschlossen werden. Der Bodenheimer Ortsbürgermeister Horst Kasper fragte, ob überhaupt eine solch große Kapazität notwendig sei. Die Mehrzahl der Winzerbetriebe setze nämlich schon Hefefilter ein, so daß die Belastung für die Kläranlage nicht mehr so stark sein dürfte, wie angenommen. Bevor man baut, solle man sich jedenfalls zunächst bei den Weinbautreibenden erkundigen. „Die Winzer sind aufgeklärt“, sagte Ratsmitglied Jakob Lang (CDU) zur „Ehrenrettung“ des Berufsstandes. Der größte Teil der Hefe werde bereits anderweitig genutzt, Belastungen für die Kläranlage seien eher von Flaschenweinbetrieben zu erwarten, was hierbei auf die Spülmittel zurückzuführen sei. Da Ratsmitglied Göbel (CDU) hohe Belastungen für die Bürger befürchtet, gab Bürgermeister Krämer zur Klärung bekannt, daß eine Mehrbelastung durch Umlegung auf die Winzer rechtlich nicht möglich sei. Außerdem würden bei der Erweiterung des mechanischen Teiles lediglich die Neubaugebiete herangezogen, während die Kosten für den Neubau des biologischen Teils in Ganze umgelegt werden. An die Ge-

meinschaftskläranlage soll neben Bodenheim und Nackenheim auch Gau-Bischofsheim angeschlossen werden.

Grundsätzlich billigte der Verbandsgemeinderat eine Stellungnahme der Verwaltung an die Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe, behält sich jedoch eine endgültige Zustimmung vor, falls von den Ortsgemeinden noch Anregungen eingehen. Bürgermeister Krämer informierte den Rat, daß nach Mitteilung der Planungsgemeinschaft eine Fortschreibung des 1977 rechtsgültig gewordenen Regionalen Raumordnungsplanes beabsichtigt sei. Daher sollen neu entwickelte Vorstellungen bekanntgegeben werden. Manche Aussagen aus dem Jahre 1977 seien allerdings schon jetzt überholt. So habe die Verwaltung in ihrer Stellungnahme auch einen Schwerpunkt auf die Bevölkerungsentwicklung gelegt, so daß der Planungsgemeinschaft statt der zugestandenen 13 000 Einwohner mindestens 15 500 bis 1985 vorgeschlagen wurden. Auf Anregung der Fraktionen habe man auch mehr Gewicht auf die Naherholung gelegt.

Rudolf Hock (CDU) hatte gegen die Stellungnahme keine grundsätzlichen Bedenken, unterstützte jedoch auch den Wunsch von SPD-Sprecher Schuhmacher, die Ortsgemeinden um eine weitere Stellungnahme zu bitten. Ergeben sich dann noch neue Gesichtspunkte, so sollten diese eingearbeitet werden.